

# Schule und Ökonomie – Wirtschaften lernen



Leitantrag zum gemeinsamen Landesrat der Schüler Union Saar und der Schüler Union Baden-Württemberg

Antragssteller: Leon Holzapfel (LV Saar), Adrian Klant (LV BW)

Im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung, Digitalisierung und wirtschaftlicher Vernetzung ist eine Generation ökonomisch gebildeter Schüler für den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands unverzichtbar. Doch sowohl die im weltweiten Vergleich sehr geringe Aktienquote als auch das Fehlen von Wissen über substantielle ökonomische Zusammenhänge in der breiten Bevölkerung zeigen uns, dass dringender Handlungsbedarf besteht. Große Konzerne können sich im Zweifelsfall das notwendige ökonomische Fachwissen einkaufen, aber es sind vor allem im Südwesten Deutschlands der Mittelstand und die kleineren Betriebe, die Arbeitsplätze und Wohlstand schaffen und welche auf diese wirtschaftliche Grundbildung von Schulabgängern angewiesen sind.

Einige Länder haben in diesem Zusammenhang bereits vereinzelt Maßnahmen ergriffen und neue Inhalte in den Bildungsplänen verankert, doch allein das wird aus unserer Sicht nicht reichen. Wir brauchen ökonomische Bildung als Fach flächendeckend und vertiefend!

Daher sprechen wir uns für die Einführung eines Faches „Wirtschaft“ an weiterführenden Schulen aus. Die inhaltliche Ausgestaltung möchten wir in jedem Fall den Ländern überlassen, würden uns aber eine breite Einbeziehung von Experten und Unternehmern aus der Praxis wünschen. Gerade im Süden Deutschlands ist ein vielfältiges ökonomisches Knowhow bereits vorhanden – nutzen wir es!

Zur ökonomischen Bildung in Schulen gehören dabei zwei Seiten. Einerseits sollen Schüler über gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, Geldpolitik, Wirtschaftskrisen aber auch den Wirtschaftskreislauf aus Sicht eines Unternehmens informiert werden, andererseits möchten wir aber auch, dass Schüler ihr eigenes Konsumverhalten und wirtschaftliches Handeln bewusst reflektieren und über die Möglichkeiten des regelmäßigen und sinnvollen Ansparens sowie Geldanlegens nachdenken können. Gerade mit Blick auf die Generationengerechtigkeit und die Zukunft unseres Rentensystems, dessen Probleme seit Jahren bekannt sind, ist entsprechende Bildung für eigenverantwortliche Vorsorge unabdingbar. Die Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank hat das in Deutschland immer noch weit verbreitete, schlichte Sparen nicht mehr rentabel gemacht. Um auf Dauer weiterhin solide

Vermögensbildung in Deutschland zu garantieren, muss bereits Schülern das notwendige Wissen dafür mitgegeben werden.

Schüler sollen auch sensibilisiert werden, wie sie durch ihr Konsumverhalten den Wirtschaftskreislauf beeinflussen und welche Folgen es hat. Die Behandlung aktueller wirtschaftspolitischer Themen muss hinsichtlich der globalen Auswirkungen spätestens seit der Euro- und Finanzkrise einen enorm wichtigen Stellenwert einnehmen.

## **„Bildung trifft Wirtschaft“**

*Leon Holzapfel*

Das BIP stagniert, die Sozialausgaben steigen, mit dem nächsten Defizit wird fest gerechnet. Kurz: Die deutsche Wirtschaft schwächelt. Das hat sicherlich viele Ursachen. Der

EU-Austritt Großbritanniens, die Krise der deutschen Autobranche und multilaterale Handelskonflikte, all das bremst die Konjunktur. Allerdings liegt das Problem nicht nur in solchen Entwicklungen, sondern auch in neuerlichen abstrusen Forderungen der SPD, zum Beispiel nach einer Grundrente. So möchte Arbeitsminister Hubertus Heil trotz der schwachen Wirtschaftslage mehr Steuergeld in die Hand nehmen, um Rentner nach unfairen Kriterien zu finanzieren. Dabei scheint es der SPD völlig egal zu sein, wie es um die Finanzierbarkeit solcher Projekte bestellt ist. Die Ursache hierfür ist das wirtschaftliche Denken einiger SPD-Politiker. Die Frage der Finanzierbarkeit soll durch Sparen in anderen Ministerien beantwortet werden. Das Problem hierbei scheint evident.

Wirtschaftliches Wachstum kann nur dann möglich sein, wenn Stärken gefördert und Schwächen beseitigt werden. Denn auch im Alltag gilt, wer seinen Lebensstandard steigern möchte und einmal im Jahr verreisen will, zieht nicht zur Finanzierung dieses Projektes von einer vier in eine zwei Zimmer Wohnung. Stattdessen sucht er nach neuen Einnahmequellen, um sich neue Standards leisten zu können.

Übertragen auf die Wirtschaft bedeutet das, nicht bei der Entwicklungshilfe zu sparen, die Deutschland außenpolitisches Gewicht verleiht, sondern neue Wachstumschancen zu ergründen. Anstatt neue Investitionen zu tätigen, mit Geld, das nicht vorhanden ist, gilt es die vorhandenen wirtschaftlichen Bereiche zu stärken, um mehr Profit zu generieren, welcher im Interesse aller investiert werden soll. Diese

Idee ist nicht revolutionär, sondern eine Grundlage wirtschaftlichen Denkens und Handelns. Und doch scheinen sich wenige auf diesen Gedankengang zu besinnen. Um das zu ändern, gilt es bereits bei der Jugend anzusetzen. Jungen Menschen muss vermittelt werden, wie sich der Geist deutscher Unternehmenskultur, der Geist des deutschen Mittelstandes, in der Gegenwart und Zukunft zum Wohle der Bundesrepublik Deutschlands, verwirklichen lässt. Um die kommenden Herausforderungen zu bewältigen, reicht es nicht klassisch kapitalistische Philosophie anzuwenden. Denn die Digitalisierung bedarf anderer Kompetenzen als noch Probleme vorherigen Generationen. Um dieses Dilemma zu lösen, fordert die Schüler Union eine „Exzellenzinitiative für Wirtschaft an deutschen Schulen“. Hierzu zählen nicht nur theoretische Unterrichtseinheiten, sondern auch das Sammeln praktischer Erfahrungen in den Speerspitzen der deutschen Wirtschaft. Es gilt hierfür Rahmenbedingungen zu schaffen und eine stärkere Verbindung zwischen den Schulen einerseits und Unternehmen andererseits anzuvisieren.

Die Schülerunionen Saar und Baden-Württemberg schlagen hierzu die Einrichtung einer

Forumsreihe „Bildung trifft Wirtschaft“ vor, bei denen Vertreter aus Unternehmen zusammen mit Schulleitern und Politikern gemeinsame Möglichkeiten elaborieren. Ergebnisse solcher Kooperationen können neben bereits bestehenden Schülerpraktika auch Ferienprogramme sein. Denn die Vergangenheit zeigt, dass persönliche Beziehungen oft schneller fruchten als große demokratische Verfahren. Die Schülerunionen Saar und Baden-Württemberg fordern die Einrichtung einer Forumsreihe „Bildung trifft Wirtschaft“, bei denen Vertreter aus Unternehmen zusammen mit Schulleitern und Politikern gemeinsame Möglichkeiten der Kooperation ergründen.